



# LUPE

Zeitung  
für Jugendliche

**KEIN  
KNAST**  
für  
**HASCH**

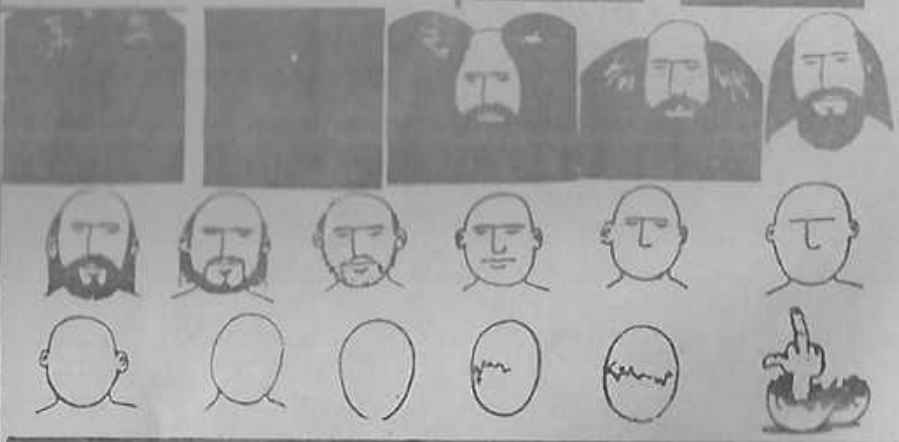


**NR: 1/1980**

LEGALIZE IT  
TRAFO.  
VS AN DEN SCHULEN  
NATO-NACHRÜSTUNG  
AFGHANISTAN  
DIE GRÜNEN  
STEINWEG

# Inhalt

| Seite | Artikel                                   |
|-------|---|
| 3     | Legalize Cannabis                         |
| 5     | Parodie zu "                              |
| 6     | Gegenartikel:<br>Legalize-Pot-Why?        |
| 7     | Rosa L.                                   |
| 9     | Verfassungsschutz                         |
| 13    | Nato-"Nachrüstung"                        |
| 15    | Neue SV-Tesstube?!                        |
| 16    | Afganistan                                |
| 17    | Trafo                                     |
| 18    | Bericht von der LDK<br>der Jungdemokraten |
| 20    | Mensch veratehste denn<br>nicht           |
| 21    | Antifa---                                 |
| 22    | Saustall Steinweg                         |



## IMPRESSUM

LUPE ist kostenlos und erscheint vierteljährlich in einer Auflage von 2000 Stück

Druck: Eigendruck

Zeitung für Jugendliche  
Herausgeber: Liberale Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten (LDJ). Kreisverband Hochsauerland

Leitender Redakteur: Frank Hensel (Verantwortlich im Sinne des Presserechts, VStB 19)

Redakteure: Roger Leonhardt, Martin T Ottensmann, Sigrid Ottensmann, Martin Westermann, Uros Klappsteck

Anschrift: Frank Hensel [Redacted] Susanne Odenthal  
5760 Arnsberg 2 [Redacted]

# LEGALIZE CANNABIS

## Vorurteile und Gegenargumente

### Vorurteil Nr. 1

"Haschisch ist gesundheitlich schädlich"  
Hierzu gibt es die unterschiedlichsten Untersuchungen. Die Universität Münster hat eine gesundheitliche Schädlichkeit bei Tierversuchen entdeckt. So sei vor allem die Leber betroffen. Doch auch andere Dinge sind schädlich. Zigaretten und Zigarren z.B., jedes Glas Bier, alle anderen Alkoholika, selbst das Spaziergehen in der Großstadt. Doch Haschisch kranke hat es bisher noch nicht gegeben, trotz der großen Zahl der gelegentlichen Raucher (nach Schätzungen in der BRD zwischen zwei und zweieinhalb Millionen).  
Eine Untersuchung, die Ende der 60er Jahre im Auftrag der amerikanischen Regierung durchgeführt wurde, hat detaillierte Ergebnisse geliefert. So wurde folgendes festgestellt: Haschisch verursacht keine Schäden an der Lunge oder am Herzen, beeinträchtigt nicht die Gehirnfunktionen und führt nicht zu vererbaren Krankheiten, Chromosomen-Schäden oder einer erhöhten Anfälligkeit für Krankheiten. Außerdem wurde festgestellt, daß Haschisch (und dasselbe gilt für alle weichen Drogen) weder die Aggression steigert noch in irgendeiner Beziehung zur Kriminalitätsrate steht. Darüberhinaus soll es in Kulturen, in denen der Gebrauch weicher Drogen praktisch zum Alltag gehört, wie bei uns die Zigarette, keine signifikanten Effekte psychischer oder physischer Art haben. Wichtig ist bei alledem, daß diese amerikanischen Untersuchung auf Erfahrungen mit Menschen beruht, nicht auf Tierversuchen. Schließlich sei noch ein Faktum erwähnt: in den USA wird Marihuana in einigen Staaten von den Ärzten verschrieben und zwar als Medizin, gegen Asthma, Krebsnebenwirkungen und Multiple Sklerose zum Beispiel.

### Vorurteil Nr. 2

"Haschisch macht süchtig"  
Genau dies konnte bei den oben erwähnten US-Untersuchungen sowie Untersuchungen in GB eben nicht festgestellt werden. Haschisch macht ebensowenig süchtig wie das Trinken von Alkohol oder das Rauchen einer Zigarette oder einer Zigarre. Schließlich geht es bei der Diskussion auch gar nicht darum, zu fragen, was ist, wenn jemand 20 oder 30 Joints hintereinander raucht. Das bekäme dem Betreffenden wohl ebensowenig, als wenn er zwei Packungen Zigaretten oder eine ganze Flasche Whisky direkt hintereinander rauchte bzw. tränke.  
Wenn Haschisch tatsächlich süchtig machte, dann hätten wir mehr als 2 Millionen Haschisch-Süchtige unter uns, dann stünden alle Staaten, die weiche Drogen bereits entkriminalisiert haben (Niederlande, Dänemark, Italien, einige Staaten der USA) vor fürchterlichen Problemen, wäre dann doch ein großer Teil der Bevölkerung süchtig. Doch davon dürfte wohl kaum die Rede sein.

### Vorurteil Nr. 3

"Haschisch ist eine Einstiegsdroge"  
Laß dieses Vorurteil wirklich nur ein Vorurteil ist, beweisen schon alleine die Zahlen: Zwei bis zweieinhalb Millionen Drogenabhängige, die schon mal Haschisch rauchten stehen 40000 bis 60000 Drogenabhängigen (Heroin vor allem) gegenüber. Das bedeutet doch, daß ca. 2% bis 3% (wenn wir voraussetzen, daß der Weg eines Abhängigen tatsächlich von Haschisch zu Heroin geht, den Weg gehen, dem dieses Vorurteil nach eigentlich alle Haschisch-Konsumenten gehen müßten. Oder steht uns der große

# LEGALIZE IT

Boom gar noch bevor? Dann wäre Ha-  
schisch aber eine Einstiegsdroge  
mit Langzeitwirkung von z.T. über  
10 Jahren. Und daran glaubt doch  
wohl keiner.

Eines haben allerdings weiche und  
harte Drogen gemeinsam: sie sind bei-  
de verboten. Und senkt natürlich die  
Hemmschwelle zwischen ihnen. Nicht  
nur, weil sie beide vom gleichen  
Händler bezogen werden; nicht nur  
daß es Händler gibt, die unreines  
Haschisch verkaufen (aber die kön-  
nen ja nicht angezeigt werden z.T.,  
dann auch der Gebrauch ist ja stra-  
fbar), sondern die Erfahrungen, die  
der Einzelne mit Haschisch macht,  
lassen die Hemmschwelle gewaltig  
sinken. Denn in unserer Gesell-  
schaft wird fürchterlich vor Has-  
chisch gewarnt und immer wieder  
erzählt, wie gefährlich der Gebrauch  
sei. Wenn dann die ersten Haschisch-  
Zigaretten oder Pfeifchen geraucht  
werden, wenn dann die angedrohte  
fürchterliche Wirkung ausbleibt  
und das selbst nach häufig wieder-  
holtem Konsum, dann glaubt der  
Betroffene die offizielle Propaga-  
nda nicht mehr. Kein Wunder. Und  
glaubt sie auch nicht, was die harte  
Drogen anbelangt. Aber wie ge-  
sagt, selbst das gilt nur für 2-3%.

## Vorurteil Nr. 4

"Haschischraucher sind ausgeflippt"

Wiederum beweisen alleine die Zah-  
len, daß all die sogenannten Ausge-  
flippten, die nicht Haschisch rau-  
chen, das wäre ein bißchen viel. Hier  
kommen die gleichen Vorurteile hoch  
wie bei Langhaarigen, Likören usw.  
Eines ist zutreffend: vor allem Ju-  
gendliche finden sich unter den  
Konsumenten, doch quer durch alle  
Bevölkerungsgruppen (man schaue nur  
unseren Verband an und die Leute,  
die da schon mal zu Haschisch grei-  
fen). Im Gegenteil dürfte wohl eines  
zutreffend sein, daß nämlich Haschi-  
sch eher in sogenannten gehobenen  
und mittelständischen Gruppen anzu-  
treffen sind als etwa in Arbeiter-  
kreisen (da ist nämlich Alkohol ver-  
breiteter).

## Vorurteil Nr. 5

"Drogensüchtige sind selber schuld"  
Dieses Argument ist uns reichlich  
bekannt, etwa bei den Diskussionen  
um den Strafvollzug. Abweichungen  
von der gesellschaftlichen Norm  
seien angeblich immer individuell  
verursacht, der Betroffene habe  
seine Lage selbst zu verantworten.  
Dabei haben die meisten Drogenab-  
hängigen erhebliche Probleme, sei  
es mit ihrer Familie (weil die näm-  
lich nicht intakt ist), sei es be-  
ruflich (Arbeitslosigkeit, Lehrstel-  
lenmangel) oder schulische Scheit-  
eris, angebliches Schulversagen)  
oder wegen fehlender Perspektive  
allgemeine Unzufriedenheit. Und  
die Betroffenen werden mit diesen  
Problemen nicht fertig (siehe das  
Stern-Buch "Die Kinder vom Bahn-  
hof Zoo") und können es ja auch  
gar nicht. Woher sollen sie die  
fehlenden Lehrstellen nehmen, wie  
sollen sie ihre kaum vorhandenen  
Chancen in der Schule erreichen, wo  
doch unsere Schule immer noch mehr  
auf Auswahl und Förderung von Eli-  
ten, denn auf Realisierung von  
Chancengleichheit angelegt ist. Wie  
sollen sie die familiäre Situa-  
tion in den Griff bekommen, woher  
den ersatz für fehlende Eltern-  
liebe etwa nehmen? Und das alles  
sind doch keine individuellen  
Probleme, sondern solche, die die  
Gesellschaft verursacht hat, für  
die die Gesellschaft und das sie  
beherrschende kapitalistische  
System vor allem schuldig sind.  
Genauso wie bei Obdachlosen,  
genauso wie bei Jugendkriminali-  
tät.



4

# LEGALIZE IT

## PARODIE

Herr von Ribbeck auf Ribbeck

Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland,  
Eine Cannabispflanze bei ihm im Garten stand,  
Und kam die goldene Herbsteszeit  
Und der Schit leuchtete weit und breit,  
Da stapfte, wenn's Mittag vom Turme scholl,  
Der von Ribbeck sich beide Taschen voll,  
Und kam in Pantinen ein Junge daher,  
So rief er: "He, Freund wilsten Joint?"  
Und kam ein Mädle, so rief er: "Lütt Derrn,  
Kumm man röwer rasch, ick hebb für dich 'n bisken Hasch!"

So ging es viele Jahre, bis lobesam  
Der von Ribbeck auf Ribbeck zu sterben kam.  
Er fühlte sein Ende, 's war Herbsteszeit,  
Er wieder lachten die Pflanzen weit und breit!  
Da sagte von Ribbeck: "Ich scheide nun ab.  
Legt mir ein Cannabis Korn mit ins Grab!"  
Und drei Tage drauf, aus dem Doppeldachhaus,  
Trugen von Ribbeck sie hinaus;  
Alle Bauern und Bürger mit Feiervesicht  
Sangen: "Jesus meine Zuversicht",  
Und die "Kinder" klagten im Herzen mit:  
"He is dod nu. Wer giwt uns nu den Schit?"

So klagten die Kinder. Das war nicht recht;  
Ach, sie kannten den alten Ribbeck schlecht;  
Der neue freilich, der knausert und spart,  
Hält Park und Haschpflanz' strenge verwahrt.  
Aber der alte, vorahnend schon  
Und voll Mißtrauen gegen den eigenen Sohn,  
Der wußte genau, was damals er tat,  
Als er um ein Körnchen ins Grab er bat;  
Und im dritten Jahr aus dem stillen Haus  
Ein Haschsprößlein sproßt heraus.

Und die Jahre gehen wohl auf un' ab,  
Längst wölbt sich ein Haschstrauch über dem Grab,  
Und in der goldenen Herbsteszeit  
Leuchtet's wieder weit und breit.  
Und kommt ein Junge über'n Kirchhof her,  
So flüsterts im Baume: "Hast keinen Joint mehr?"  
Und kommt ein Mädle, so flüsterts: "Lütt Derrn,  
Kumm man röwer rasch, ick hebb für dich 'n bisken Hasch."

So spendet Segen noch immer die Hand  
Des von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland.

5

# Legalise Pot-Way?

Der Besitz und Konsum von Haschisch soll nicht mehr strafbar sein. Diese Forderung wird in der Diskussion des Drogenmißbrauchs immer wieder erhoben und teilweise als Allheilmittel verkauft.

Die Freigabe des Haschisch läßt sich im Vergleich zu Alkohol und Nikotin wohl begründen.

Wie diese "blichen" Drogen führt es "nur" zu Gewöhnungen und einer psychischen Abhängigkeit nicht aber zur Sucht im medizinischen Sinne. Als Einstiegsdroge wirkt es nur deshalb stärker, weil es auf dem kriminellen Drogenmarkt erstanden wird. Auf diese Weise kommen die Kunden denn auch mit anderen Stoffen in Berührung. Ansonsten ist der Schluß, wer hascht, der stizt, Blödmann.

Verkauft man Haschisch wie Zigaretten, nimmt man es vom Schwarzmarkt weg, und kann z.B. die Beimischung anderer Stoffe verhindern. Geringen Vorteilen stehen gravierende Nachteile gegenüber. Das allein löst aber das Problem in keiner Weise. Der Griff zur Droge

soll auch Protest sein. Der Griff zum legalen Hasch ist dies nicht mehr, so daß ein Umsteigen erst recht anzunehmen ist.

Eine Freigabe käme einer Haschischwerbung gleich. Nach dem Motto: "Rauchen können wir schon, saufen bringt nichts, probieren wir Hasch", bekämen wir den Run auf etwas Neues.

Ein neues Volkssuchtmittel letztlich für nichts, denn solange die Gründe für den Konsum von Drogen bestehen bleiben, sieht die Drogenzene nach der Legalisierung von Hasch nicht besser oder anders aus als heute.

Bei Süchtigen sollte die Therapie vorgehen und die Bestrafung entfallen. Dazu sind Therapieplätze zu schaffen. Das bringt etwas. Peter Brendel

Anmerkung der Redaktion: Artikel die mit Namen unterzeichnet sind, müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

"Diese Hasch-Babies sollte man alle einsperren!!!"



tele-dienst piwinski

Anerkannter High-Fidelity Fachhändler dhfl

Clemens-August-Straße 55 Arnsberg 2

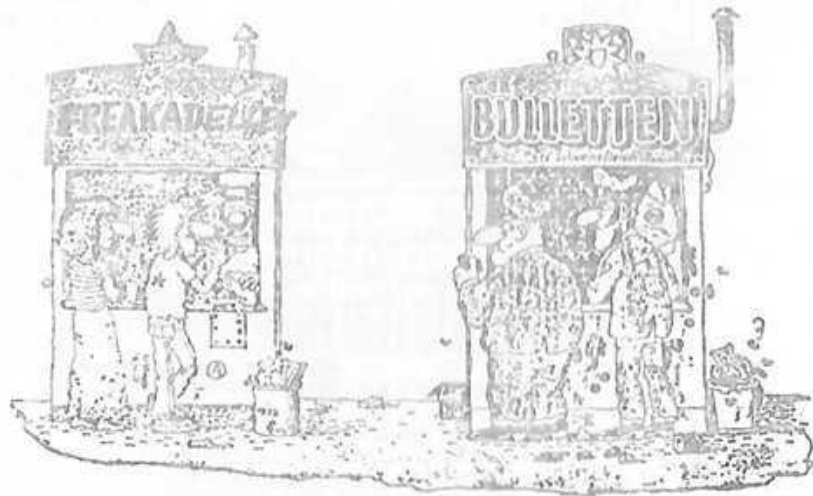
# ROSA L. † 15. JANUAR 1919

Am 15. Jan. 1930 jährt sich der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum 61. Mal. Beide sind Opfer der deutschen Geschichte. Rosa, die sich ihr Leben lang für eine bessere Welt, eine neue Gesellschaftsordnung eingesetzt hatte, die ohne ideolog. Vorbehalte alles kritisierte, was Gerechtigkeit und Menschlichkeit widersprach. Nicht nur in der Theorie wandte sie sich gegen die gesellschaftl. Mißstände - wegen ihres praktischen Engagements saß sie längere Haftstrafen ab, was dauernde Gesundheitsschäden zur Folge hatte. Nicht alleine konservative Kaiser-Treue hatten sie und forderten, daß man Schluß mache mit diesem Radikalen, kapitalisten bangten um ihre Geldschränke, und Teile der Arbeiterschaft, die sich - in Verkennung der eigenen Lage - der neuen nationalistischen Strömung zugewandt hatten, kämpften gegen die Spartakisten und "Novemberverschwörer". Auch in den linken Kreisen gehörte Rosa zur Minderheit. Die Sozialdemokraten und die Mehrheit der USPD, die schon lange keine Revolutionäre waren, verurteilten ihre Theorien. Die Marxisten-Leninisten im Osten warfen ihr "Spontaneismus" vor, ein Begriff, der Rosas Thesen nicht gerecht ward. Der Kernsatz in der Revolutionstheorie Rosa Luxemburgs ist der, daß sich Revolutionen weder schulmeisterlich noch "machen" lassen. Die Revolution - als gesellschaftliche Umwälzung, die zum Sozialismus führt - ist von einem bestimmten gesellschaftlichen Reifegrad, d.h. von sozialen, ökonomischen und polit. Bedingungen abhängig. Obwohl Rosa die Revolution als eine gesetzmäßige Folge des Klassenantagonismus betrachtet, betont sie die Wichtigkeit des subjektiven Elements. So bedarf die Revolution neben den objektiven eine Reihe anderer Voraussetzungen, damit sie als Ausdruck einer Massenbewegung die Fesseln der alten Gesellschaft zerreißt: - einen hohen Grad der polit. Schulung und die Beteiligung breiterer Massen; - eine Organisation, die sich aus dem revolutionären Kampf entwickeln soll und deren Aktionen den beginnenden Zusammenbruch der bürgerl. Gesellschaft intonieren; - einen General- und Massenstreik, der die Revolution einleitet.

In der Luxemburgschen Revolutionstheorie nimmt die proletarische Masse eine autonome Stellung ein und ist agitierendes Element. Die gesellschaftliche Umwälzung wird durch die Eigenbewegung des Volkes bestimmt, an der sich die Partei zu orientieren hat und nicht - wie im Leninismus - die Partei die Aktion des Volkes zentralistisch dirigiert. Nach der Novemberrevolution standen sich die Regierung (Rat der Volksbeauftragten) - Vertreter der demokr. Republik - und die revolutionären Kräfte, die Deutschland zur Räterepublik machen wollten, gegenüber. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gehörten der "Gruppe Internationale", an - eine selbständige Spaltergruppe innerhalb der USPD. Hier sammelten sich orthodoxe Marxisten, Pazifisten und der linke Flügel der alten Sozialdemokratie. Nach den "Spartakusbriefen", die diese Gruppe herausgab, wurde sie auch Spartakusbund genannt. Luxemburg und Liebknecht waren ihre geistigen Führer. Als am 16.-19. 12. 18 der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte tagte, traten die Räte laut Mehrheitsbeschluß ihre Verwaltungsmacht an die Regierung ab. Doch damit waren die Aufstände noch lange nicht beendet. Die politische Auseinandersetzung fand zunehmend auf der Straße statt. Die Radikalisierung beschleunigte sich, als Ebert am 29. 12. 18 Truppen der alten Armee gegen aufständische Matrosen und Arbeiter einsetzte. Als am 31. 12. 18 der Spartakusbund die KPD gründete, vollzog sich eine wichtige Spaltung in der Arbeiterschaft. Der Spartakusaufstand (4.-11. 1. 19) ist zwar nach der Kerngruppe der KPD benannt, aber nicht allein eine Aktion der neuen Partei. Als in Berlin radikale Arbeiter wegen der Absetzung des Unabhängigen Eichhorn als Polizeipräsidenten demonstrierten, hielten die Berliner Lokalorganisation der USPD, ein Teil der revolutionären Obleute und Liebknecht (nicht aber Rosa) den Augenblick zum Sturz der Regierung für gekommen. Große Massen

der Arbeiter folgten ihrem Aufruf. Sie sammelten sich - teilweise bewaffnet - im Zentrum Berlins. Die Volksbeauftragten ließen den Aufstand durch Truppen niederschlagen. Am 15. Januar wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in ihrer Berliner Wohnung verhaftet. Die Soldaten, die sie ins Untersuchungsgefängnis bringen sollten, mißhandelten sie mit unmenschlicher Grausamkeit. Der Befehl eines gewissen Hauptmann Pabst lautete, daß die Beiden das Hotel Eden nicht lebend verlassen dürften. Der Befehl wurde ausgeführt. Rosas Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen. Der eine der Haupttäter erfreute sich einer lächerlichen Strafe, einer begünstigten Flucht und einer frühzeitigen Amnestie noch in der "Freien deutschen Republik", der andere wurde erst im Dritten Reich "belohnt". Die Sozialdemokratie hatte mit ihrer ewigen Kompromissbereitschaft - wie es sich später zeigen würde - den konterrevolutionären Kräften die Macht in die Hände gespielt. Die Uneinigkeit der Linken und das fehlende demokratische Bewußtsein der Bevölkerung führten dazu, daß der Faschismus Fuß fassen konnte.

Susanne Odenkil



RANDGRÜPPE

## DER VERFASSUNGSSCHUTZ UND SEINE HELFERSHELFER AN DEN SCHULEN

Daß der Verfassungsschutz seinen Kundenkreis mittlerweile auf Schüler ausgeweitet hat, ist altbekannt. So auch die Quellen, der, um das politische Seelen-Heil der Schüler zutiefst besorgten, Staatsbeamten sind geläufig (Abhörwanzen in den Lautsprecherboxen, übereifrige Schulleiter, die Gesinnungsakten anlegen und SV-Post weitergeben, angeworbene Spitzel und Ähnliches mehr). Alles bekannt - bis auf eins. Was verbirgt sich hinter dem Begriff „angeworbene Spitzel“ ?

Ich bin dieser Frage mal ein bißchen nachgegangen und habe ganz interessante „Erkenntnisse“ gewonnen. Es sind nämlich gar nicht so sehr einzelne Schüler, die Geld und ein bißchen Abenteueratmosphäre brauchen. Die „Informanten“ werden oftmals von der Schüler-Union, der Jungen Union, dem RCDS (CDU-Hochschulverein) bereitgestellt. Bevor ihr aufschreit und die Lupe vergrößert in die Ecke knallt, laßt es mich am Beispiel der Schüler-Union beweisen, da sie von den genannten Vereinen an den Schulen am aktivsten ist.

Da wäre zunächst einmal ein Gespräch mit dem Landesvorsitzenden der Schüler-Union Hamburg, geführt von einem Mitarbeiter der Zeitschrift „Konkret“ im Januar 1979. Für Leu-



OBSERVATIONSSPEZIALISTEN

te die den Wahrheitsgehalt anzweifeln: bis heute ist keine Gegendarstellung der Schüler-Union oder des Verfassungsschutzes erschienen. (Gegendarstellungen müssen abgedruckt werden)

Der „Konkret“-Mitarbeiter stellte sich dem Vorsitzenden der Schüler-Union mit der Empfehlung eines Herrn des Verfassungsschutzes und einer Abteilung der politischen Polizei vor und gab sich als Spitzel mit „Informationen Schülervertretungen landesweit und linken Schülern“ aus. Der Schüler-Unionist erkundigte sich eingehend nach der erfundenen „Beobachtungsgruppe Schulen“, um das Gespräch dann wie folgt fortzusetzen (Originalton):

„Ah ja, und ihr wollt jetzt also konkret die Unterstützung der Schüler Union Hamburg?“

„Ja.“

„Wie soll denn das geschehen, konkret?“

„Ja, wir arbeiten mit dem Landesamt für Verfassungsschutz zusammen und wir wollen ganz einfach verhindern, daß ihr Informationen an das LfV gebt, die sich vielleicht mit unseren überschneiden, daß da Sachen doppelt und dreifach rausgebracht werden, denn das hindert ja die Arbeit.“

„Ja, das ist richtig. Also das bezieht sich auf Beobachtungen von linksextremen Lehrern ...“

„Ja, und Schülern.“

„Also beides, nicht wahr?“

„Ja.“

„Schau an. Ja. Wir können das gerne mal durchsprechen, wir haben demnächst unseren Landesvorstand und ich nehme an, daß man da 'ne Diskussion drüber haben wird, und wir sind im Grunde natürlich immer daran interessiert, irgendwelche Initiativen derart zu unterstützen.“

Der Verfassungsschutz ist  
hoherfreut!

Interessant, nicht? Aber auch die andere Seite dieses staats-tragenden Bündnisses, der Ver-



fassungsschutz, soll zu Wort kommen. Das entsprechende Material ist ebenfalls einem „Konkret“-Mitarbeiter zu verdanken, der sich im September 1978 als Herr Raloff beim „Landesamt für Verfassungsschutz der Freien und Hansestadt Hamburg“ meldete, um „Informationen über den Politischen Arbeitskreis Schulen und über Schülervertretungen“ (Originalton am Telefon) anzubieten. Auch zu dem Material gibt es bis heute keine Gegendarstellung der Schüler-Union und/oder des Verfassungsschutzes!

Auf das Angebot des „Konkret“-Mitarbeiters hin, entwickelte sich folgendes Gespräch (ebenfalls Originalton); zuerst der LfV-Beamte:

„Wie heißt ihre Organisation?“

„Wir nennen uns Beobachtungsgruppe Schulen.“

„Von der Schüler-Union, nicht?“

„Na ja, die Schüler-Union macht da mit, aber wir gehören nicht zur Schüler-Union.“

„Ich verbinde Sie mal mit dem richtigen Mann.“

„Schröder.“

(Dann wieder die bereits bekannte Vorstellung des Anrufers / d. Verf.)

„Ja, da sind Sie schon rich-

tig gelandet.“

„Interessieren Sie sich für Radikalisierung bei Schülern und an Schulen?“

„Selbstverständlich interessieren wir uns dafür.“

„Ich wollte nämlich wissen, ob Sie überhaupt auf solche Informationen Wert legen.“

„Ja, da legen wir Wert drauf, auch wenn wir schon Material kriegen, das zeigt ja nie den Gesamtüberblick. Ich weiß jetzt nicht, wie Ihre Vorstellungen dahingehen, nur, wenn Sie sich näher mit uns in Verbindung setzen wollen, wäre es vielleicht am einfachsten, Sie würden mal herkommen.“

usw.

Ein Spitzel wird erwischt.

Auch dieses Gespräch ist sehr eindeutig. Aber ich will nicht bei Gesprächen bleiben, im Folgenden sei deshalb eine handfeste Aktion dokumentiert. In Bottrop (Ruhrgebiet) wurde der Vorsitzende der Bottroper Schüler-Union und Mitglied im Kreisverband der Jungen Union der 18jährige Urban H. im März 79 bei einem Treffen mit seinem Verbindungsmann zum Verfassungsschutz überrascht. Man fand bei ihm: eine Quittung über 300 Mark für geleistete Spitzeldienste, die Urban H. für seinen V-Mann, der sich als Herr Lerchbacher ausgab, ausgestellt hatte. Außerdem Schnüffelprotokolle, aus denen hervorgeht, daß Urban H. nicht nur seine Mitschüler belauschte und ausforschte, sondern auch Bemerkungen seiner Lehrer denunzierte.

Die „Erkenntnisse“ hatte er auf Formblättern aufgeführt,

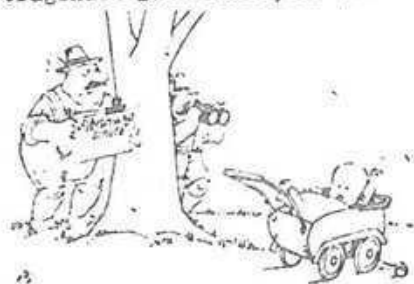
die eine durchlaufende Nummerierung tragen und Rubriken aufweisen, die dem übersichtlichen Erfassen von „Ereignissen“ aus dem Schulbereich dienen sollen.

Was die Schüler-Union so unter Demokratie versteht .....

Schon im Herbst 1976 deckten Redakteure der ARD-Sendung „Panorama“ auf, daß Mitglieder des Bundes Demokratischer Schüler (BDS) am Cotta-Gymnasium in Düsseldorf spitzeltätigkeiten vorgenommen und Material an den Verfassungsschutz weitergeleitet hatten.

Der BDS freilich ist nichts anderes als eine Untergliederung der Schüler-Union.

Um den Vorfall ein wenig näher darzustellen nun im folgenden ein Ausschnitt aus dem ent-



„Verdächtig: ballt die linke Hand zur Faust.“

scheidenden Telefongespräch. Es wurde geführt von dem Ex-Jungsozialisten Claus Krawinkel mit dem BSG-Vorsitzenden Reygers; Krawinkel gab sich hierbei als „Herr Vogt“ vom Verfassungsschutz aus (Originalton):

REYGER: „Die Burscher ist da wohl die treibende Kraft, der Theifen gehört zum Mob, der die Buchen dann ausführt. Aber von Seiten der Jusos ist bisher nicht viel gelaufen, aber haben Sie die Akte Brandis schon?“

VOGT: „Die Akte Brandis? Müste ion mal nachgucken.“

(Herr Brandis ist Kunstlehrer am Comenius-Gymnasium)

REYGER: „Die müste aber da sein, die haben wir schon vor einem Monat weggeschickt. Demnächst wird auch noch über andere Lehrer was bei Ihnen ankommen.“

VOGT: „Ja danke, ich rufe Sie nächste Woche nochmal deswegen an.“

Allein diese 4 Beispiele beweisen, daß die Schüler-Union, aber die anderen C-Organisationen auch, von ihren Funktionären weitgehend zu einer Spitzel-Organisation gemacht wird, die den Verfassungsschutz an den Schulen würdig vertritt.

Dies entspricht im übrigen voll dem Zweck konservativ-reaktionärer Organisationen. Sie waren schon immer dazu da, die Vorteile einiger weniger Reicher und Mächtiger vor wirklich demokratischen Verhältnissen (alle Menschen sind gleich / Grundgesetz) zu schützen. Und nichts anderes macht auch die Schüler-Union - wie man sieht!



Im Herr Vogt hat die denn ion um viel bewußt ein. Er hat sich für ion, und er nicht erwaschen kann. Was ion die Sache gibt und der Feind, der hat sich nicht erzwängen. Was hat er unange-tastet, oder ion nehme sein Gesetz und schlag es an den Franger! Beim Himmel der weiß nicht, was er würdigt, der den Staat zur Sittenschule machen will. Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, daß ihn der Mecken zu seinen Himmel machen wollte.

Hölderlin: Hyperion

## Nachrüstung oder Aufrüstung? Zur Atomwaffen-Beschleunigung der Nato

Am 12. Dez. 1979 beschlossen die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten die Einführung von 108 Pershing II - Abschusbrämen und 464 bodengestützte Marschflugkörpern.

Die Begründung dieser Entscheidung ist simpel und klingt vertraut: Wiedereinmal ist von einer militärischen Überlegenheit der Warschauer Pakt und der Notwendigkeit nach Nachrüstungsmaßnahmen zur Wiederherstellung der militärischen Parität die Rede. Da es sich bei der Zustimmung zu den neuen Mittelstreckenwaffen wohl um "die weitreichendste Entscheidung der NATO in ihrer 30 jährigen Geschichte" handelt, wie F.A.Z. feststellte, sollte die NATO-These von der Bedrohung der westlichen Sicherheit durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 etwas genauer unter die Lupe genommen werden:

In einem Bericht vom 20.1.1978 vermerkte der amerikanische Generalstabschef, General G.S. Brown: "Mit der ersten Stationierung der SS-20 wurde begonnen" 1. Ähnliche Angaben würden mehrfach gemacht. Nun wurde verschiedentlich betont, daß die UdSSR 21-20 solcher SS-20 Raketen pro Monat produziere, was in eineinhalb Jahren - großartig gerechnet - eine Summe von 45 Raketen ergäbe. Die NATO-Rechnung sieht jedoch wie folgt aus: "Dazu kommen am Jahresanfang 1979 etwa 135 neue SS-20 mit dreifacher Angriffsspitze." 2. Und weiter: "Man muß damit rechnen, daß bis 1985 zwischen 400 und 600 solcher Waffen bereitstehen werden", 3. was nach Adam Riese das Doppelte dessen ist, was die Sowjetunion in diesem Zeitraum produzieren könnte. Ebensovienig wie die Rechnung der NATO überzeugt auch ihre Schlußfolgerung, es bestehe in westlichen Nuklearpotential eine "Raketenlücke". Bereits

Ebensovienig wie die Rechnung der NATO überzeugt auch die Schlußfolgerung, es bestehe in westlichen Nuklearpotential eine "Raketenlücke". Bereits seit 1967 bzw. 1971 gibt es in Frankreich und Großbritannien den SS-20 Raketen entsprechende Waffen. Hingru kommt daß ein erheblicher Teil der neuen sowjetischen Mittelstreckenwaffen - "Die Zeit" sprach sogar von 2/3- in Fernost und Mittelasien stationiert wird und somit westeuropäische Länder gar nicht erreichen kann. Vergleicht man schließlich die in Europa stationierten taktischen Nuklearpotentiale insgesamt, so stellt sich eine deutliche Überlegenheit der NATO heraus: Den 3500 taktischen Sprengköpfer des Warschauer Paktes stehen über 7000 NATO-Sprengköpfer gegenüber. Generalleutnant a.D. Wolf Graf Baudissin, Direktor des Hamburger Instituts für Friedens- und Konfliktforschung schlußfolgerte: "Es gibt keine Sicherheitslücke bei der NATO". Zur Qualität von NATO-Einsparungen bemerkte erst kürzlich der ehemalige stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber für Südeuropa und jetzige italienische Senator Nino Pasti: "Mein Rat an Sie ist, niemals irgendeine Darstellung durch Generale oder Admirale der NATO ohne sorgfältige Kontrolle zu akzeptieren. Folgt man der Forderung nach sorgfältiger Kontrolle, so ergibt sich ein ganz anderes Bild, als es viele Darstellungen vermachen wollen: Die beschlossene Produktion und Stationierung neuer Atcwaffen ist keine Nachrüstungsmaßnahme sondern Ausdruck einseitiger Aufrüstungspolitik.

Die Lippenbekenntnisse westlicher Politiker zur politischen und militärischen Entpannung müssen ungläubwürdig erscheinen. Anstatt über die sowjetischen Abrüstungsvorschläge zu verhandeln,

Anstatt über die sowjetischen Abrüstungsvorschläge zu verhandeln, die u.a. eine Verringerung der sowjetischen Mittelstreckenraketen im Falle eines Verzichts der NATO auf Pershing II und Cruise Missile vorsahen, wurde eine neue Phase der Wettrüsten und der Konfrontation eingeleitet. Mit der Hinaussetzung der Ratifizierung von SALT II, dem Aufbau einer "Kampfstärke" zur militärischen Realisierung insbesondere wirtschaftlicher Interessen am Persischen Golf und der fast schon grotesk anmutenden "Euba-Krise" tat der Westen ein Übriges, um 10 Jahre später Entspannungsbemühungen in Frage zu stellen. Wohlbedenkt: All das geschah vor Afghanistan.

Daß die Politik der NATO auch in der Vergangenheit wenig von den Erfordernissen einer umfassenden, d.h. einer nicht nur politischen sondern insbesondere auch militärischen Entspannungspolitik bestimmt war, belegt nebenstehende Auflistung der wichtigsten rüstungstechnologischen Neuerungen und das Jahr ihrer Einführung:

Daß dies keine Chronik militärischer Entspannungsbemühungen sondern vielmehr einer massiven Aufrüstungspolitik ist stellte auch der sicherlich keiner Tendenz zu verdächtigende gauloise Militärexperte F.O. Mische fest: "Nicht die Russen die technikklüßigen Amerikaner haben die Spirale des atomaren Wettrüstens in ein heute nur noch schwer kontrollierbares Extrem getrieben.

| Waffensysteme   | Jahr der Einführung<br>USA UdSSR |
|---|----------------------------------|
| Atom bombe  | 1946 1950                        |
| Wasserstoff bombe   | 1953 1954                        |
| Langstrecken bomber   | 1953 1957                        |
| Mittelstreckenraketen (MRBM)                                    | 1953 1959                        |
| taktische Nuklearwaffen   | 1955 1956                        |
| Interkontinentalraketen (ICBM)                                  | 1955 1957                        |
| Atom-U-Boote  | 1956 1962                        |
| U-Boot-Raketen, wasserabgeschossen (SSBM)                       | 1959 1968                        |
| ICBM mit Feststoffantrieb                                       | 1962 1969                        |
| Raketen mit mehrfachen, einzelnen lenkbaren Sprengköpfen (MIRV) | 1970 1975                        |
| Marschflugkörper (Cruise Missile)                               | 1976 -                           |

Quelle: SIPRI Yearbook

#### Anmerkungen

1. United States Military Posture
2. Vergl. "Die Zeit" v. 25./26.2.79
3. Vergl. NZZ v. 25./26.2.79
4. Stuttgarter Zeitung v. 31.10.79
5. UZ v. 17.10.79
6. Vergl. NZZ v. 21.4.79 u. IHT v. 21.4.79
7. F.O. Mische, Rüstungsexperte, Stuttgart

Jens Saurenhaus

14

## Neue SV-Teestube?

Seit Mitte Januar geistert die Idee einer Schülerin durch Arnberg. Es geht um einen Raum im Bereich des Steinwegs, der als Treffpunkt der Schüler außerhalb der Schule dienen soll. Die Idee wurde vom Fraktionsvorsitzenden Christoph Philippe (FDP) sofort aufgegriffen. Er hatte auch gleich ein Lokal im Blickwinkel: den ehemaligen Foto-Kuëoer Laden am Neumarit. Der Schülerrat des Laurentinum und die Jungdemokraten haben die Idee grundsätzlich begrüßt. Die organisatorischen Probleme sollen nun auch mit Einverständnis der Schulkonferenz des Laurentinums in Angriff genommen werden. Es gäbe zwei Möglichkeiten.

Die erste wäre eine wichtige Jugendstätte, die morgens und abends eine Alternative für die Freizeitmöglichkeiten wäre, sie ist auch für andere Jugendliche geeignet, die nicht Schüler sind.

Gerade so etwas fehlt in Arnberg, neben dem überlasteten Jugendzentrum ist es nur stark kommerzielle Kneipen, die in erster Linie auf Profit aus sind. Dazu kommt die verwerfliche Teestube. Denn sind die Schüler nicht mehr auf die "Vorne" und "Efu cho" angewiesen, wo sie doch nur unbeliebte Kunden sind. Diese Aufgabe könnte natürlich auch die zweite Möglichkeit erfüllen. Dies wäre eine von der SV selbst getragene Teestube sein. Morgens mit also hohlfreien Getränken Ausschank, nachmittags Raum für Interessensgruppen.

Dort könnten SV-AG's, kleine Diskussionsveranstaltungen, Aufsicht für Kinder von Eltern die einkaufen und vieles anderes durchgeführt werden. Dies muß noch alles genauer geplant und bei den zuständigen Gremien durchgesetzt

werden. Die nächsten Planungsschritte wären:

1. geeigneten Raum finden
2. Finanzen klären
3. Organisation von Aufsicht,...

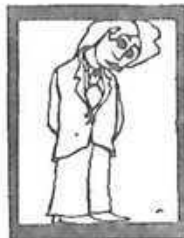
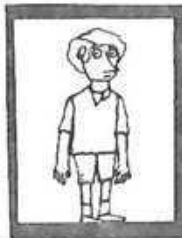
Dies ist zu schaffen, es muß nur energisch genug dafür gekämpft werden.

Ewige Nörgler, die schon jetzt sagen, das Ding ist eine Utopie, da neben die Schüler vom Steinweg doch nicht rein, die Katter es gar nicht verdient oder so etwas Ähnliches sollen dieses Projekt nicht sofort blockieren.

Wenn das Projekt läuft, wie es laufen soll ist es sicherlich für alle Seiten eine positive Erscheinung. Wir müssen dem Projekt eine Chance geben!!!



die  
ent-  
wicklung



15

# AFGHANISTAN: SOWJET-BLACK-OUT ODER US-WAHLKAMPF?

Der kalte Krieg läuft auf vollen Touren. Am Rande unserer Landesdelegiertenkonferenz haben wir über die Frage Afghanistan und die Reaktionen darauf diskutiert.

Unsere Position ist dabei klar:

In meiner LDK-Rede habe ich dargelegt, daß wir Jungdemokraten gegen jede Form von brüderlicher Hilfe und Intervention sind. Wo immer Menschen getötet werden, finden wir dies schlimm und durch nichts zu rechtfertigen.

Auf der anderen Seite, "rühren uns die plötzlich so um die Freiheit anderer besorgten Amerikaner zu Tränen". Jedermann weiß, daß dieses Land nicht davor zurückschreckt, offen oder über andere Kanäle Länder in Bürgerkriege zu stürzen, Diktaturen zu installieren usw.

Als hier in Europa gemeinsam mit der Sowjetunion die Entspannungspolitik definiert und begonnen wurde, da zerbombten die Amis Vietnam, da hofferten sie wie heute auch noch, viele Diktaturen im Namen des Profits. Chile ist ein lebendiges Lehrstück. Damit wir uns recht verstehen, ich rede keiner rechts-links-Gleichsetzung das Wort. Ich will nicht Unrecht aufrechnen, aber mir stinkt die Strategie der verbrannten Erde in der Außenpolitik, nur weil ein schwächerer Präsident den starken Mann vormachen muß, um eine Wahl zu gewinnen.

Auch wenn es so ist, daß die Sowjets gezwungen gewesen waren, einem Umsturz in islamischer Tarnung zuvorzu-

kommen (die islamischen Rebellen sind ja wohl nicht von München finanziert worden) so wird das in unserem Verbund niemand gutheißen.

Wir sollten uns aber die politische Bewegungsfreiheit erhalten - wie dies so manche westeuropäische Regierung auch tut, die sich nicht in den Sog der Panikmache ziehen lassen will - und die plötzlichen Wechler der Freiheit daran erinnern, wer sie wirklich sind, und welche Rolle sie heute überall spielen.

Ein imperialistisches Land eignet sich nicht zum Weltpolizisten in Sachen Freiheit!

Vorsicht auch gegenüber der Reaktion im eigenen Land:

Strauß fordert die Neudefinition des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr. Was heißt dies? Brauchen wir wieder ein Afrika-Korps? Oder brauchen dies nur Strauß und die internationalen Kriegstreiber? Da fällt uns schon wachsam sein! Nachdem unsere "freie Welt des Westens" jahrhundertlang fast Dreiviertel aller Länder ausgeplündert und beherrscht hat mit der wirtschaftlichen Waffe, weint man plötzlich, weil die Ölbesitzer uns unser eigenes Verhalten vorführen.

Die Reaktion im eigenen Land ist über Afghanistan einfach begeistert. Man kann endlich die Entspannungspolitik diffamieren. Kein Wort, daß diese Konzeption eine europäische ist (Die Russen haben die europäische Entspannungspolitik nicht beendet, als die Amerika-

ner Allende ermorden ließen). Kein Wort, daß es für den asiatischen Raum eine solche Konzeption oder Einigung eben nicht gibt zur Zeit.

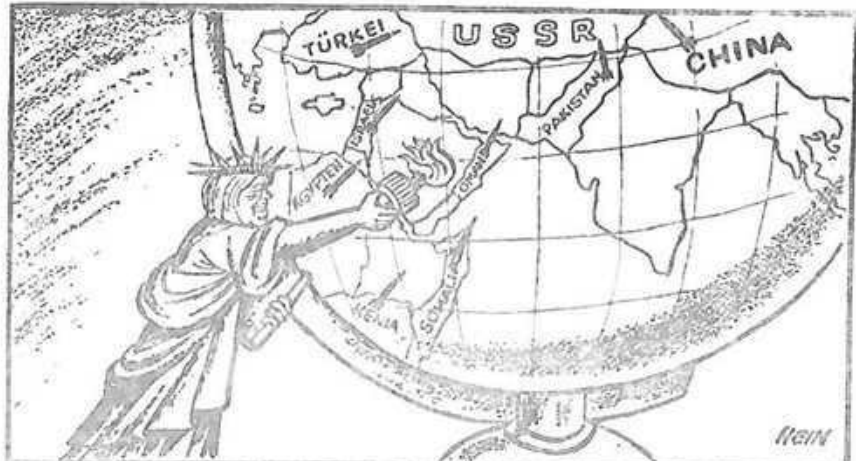
Die Antwort muß darum nicht heißen, "hier in Europa Entspannung beenden", sondern "dieses Konzept auch auf andere Regionen der Welt übertragen und dort damit beginnen". Das christliche Abendland gebraucht die Lebensmittelwaffe (wenn ich das Wort schon höre, denke ich an Aushungern und Belagerung). Hat jemand die Kirchen etwas sagen hören??? Diese scheinheiligen Moralwächter der Nation haben eben mal weggehört. In der "Welt" wurde eine Seite geopfert, um die Lebensmittelversorgungsprobleme des Ostens nach der Blockade darzustellen - wen trifft das eigentlich? Der Breschnew wird doch wohl nicht dünner? Ihr solltet, wo immer die Rede auf die Ereignisse in Asien kommt, in der Partei darlegen, daß ruhiges Blut und nicht Hektik und Panik die Reaktionen bestimmen müssen. Ihr solltet darlegen, daß die Politik des Sabots immer auf Kosten der kleinen Leute gegangen ist - die marschieren nämlich letztlich immer.

Die Entspannung sollte in Asien beginnen und nicht hier aufhören. Das ist das, was wir aus dieser Krise lernen.

Afghanistan hat die Entspannungspolitik nicht widerlegt, sondern ihre Notwendigkeit aufgezeigt!

Thilo Schelling

Der Krisenbogen



46

Es wird ernst, die Schlacht um das Trafo ist in die Endphase getreten. Das Haus im Neheimer Stadtzentrum wird geräumt. Die "Initiative zur Erhaltung der Trafostation" wird rausgeschissen, weil der Vertrag mit dem Vorbesitzer abgelaufen ist. Bei den Parteien ist ein Kampf um die Kompetenzen entbrannt, ob der Bezirksausschuß oder der Stadtrat selber verantwortlich ist. FDP und SPD haben sich für ein selbstverwaltetes Trafo ausgesprochen und wollen ihre Mehrheit im Bezirksausschuß gebrauchen. Sie berufen sich darauf, daß es nur eine Abstimmung um eine Art der Neuvergabe ist.

Die CDU-Leute sind natürlich anderer Meinung, sie sind gegen selbstverwaltete Häuser und glauben der Stadtrat sei zuständig, weil es um eine grundsätzliche Entscheidung geht, obwohl sie auch für eine Weiterführung als Kulturhaus sind, allerdings in Trägerschaft des Stadtjugendantes. Sie sehen den Laden als

Wieso ums Trafo?

"... hat man gehört, es ging wieder um ein Prinzip."



"potentiellen Drohhändler-Treffpunkt." Darum darf die Jugend und die Initiative ihr Trafo auch nicht selbst gestalten, wie sie es doch schon in der letzten Zeit erfolgreich geschafft hat, nein, des Trafo soll "für" die Bürger durch das doch, ach so bürgernahe Jugendamt gestaltet werden.



Die CDU muß mal wieder beweisen, daß sie aus Prinzip gegen selbstverwaltete Häuser sind, die nicht in ihren Kram paßt. Auf keinen Fall dürfte sie sich nach dem Jugendzentrum bloßstellen. Demals war ihr Einwand, es wäre

juristisch überhaupt nicht möglich eine Selbstverwaltung einzurichten. Heute sind diese Hindernisse aus der Welt geschaffen, weil die Initiative es geschafft hat, mit Fleiß und Enthusiasmus, den behördlichen Segen zu bekommen ein eingetragener Verein (e.V.) zu sein. Sie haben weder Kisten noch Mühe geschaut. Diese Truppe würde es sicherlich auch schaffen ein Trafo weiterhin so zu praktizieren, daß dieses Haus neben den Jugendlichen auch andere

Altersgruppen anzusprechen. Sie wollen neben der "großen Kultur", die die Stadt schon anbietet eine andere, "kleine Kultur" bieten.

DAHUM:  
TRAFO IN SELBSTVERWALTUNG

Kontaktadresse der Initiative:  
Schmidt/Adratt

5760 Ar 14

17

# DIE GRÜNEN: EINE STINKNORMALE PARTEI

BERICHT VON DER LANDESDELIGIERTENKONFERENZ DER DJD

Die diesjährige Landesdeligiertenkonferenz der Jungdemokraten ist sehr schwer zusammenzufassen. Darum hier nur einige Diskussionspunkte.

Am Eröffnungstag kam es zu einer intensiven Diskussion über die Grünen und damit auch über die FDP.

Bei der FDP war nicht die Frage wie liberal sie ist, sondern wie gut sie für uns Jungdemokraten als Instrument brauchbar ist. Dabei kamen die letzten Fehlschlüsse wie z.B. die "Nachrüstung", Atomenergie, Ladenschlußzeiten... wieder hoch. Daraus haben die Jungdemokraten geschlossen, daß es an ihnen ist auch eine FDP darzustellen als die der Landsdorfs und Genscher. Anders ausgedrückt: FDP nicht wegen sondern trotz ihrer Politik.

Es bleibt natürlich die Frage offen, warum wir denn überhaupt noch mit der FDP zusammenarbeiten. Dafür gibt es sicherlich auch einzelne Teilerfolge innerhalb der FDP (z.B. § 88 a, 89er Alternative Lebensformen, Drogenfragen).

Außerdem kann man das Argument mit dem Stichwort Strauß nicht wegdiskutieren. Wenn dieser Mann als Spitze eines Erbreges an die Macht kommt verlieren wir noch mehr politische Freiheiten.

Dies ist der Fall wenn das schwache Glied in der Kette, die FDP, herausfällt.

Gewinnt die CDU in NRW haben sie die 2/3 Mehrheit im Bundesrat und blockieren alles ab, was das geringere Übel vollbringt.

Dies ist natürlich nicht unsere gesamte Argumentationsstrategie, deutet aber an warum wir die FDP überhaupt unterstützen. So kam es auch auf der Landesdeligiertenkonferenz zu einer eindeutigen Annahme dieses Arbeitskonzepts.

Interessant war sicherlich wie sich die Jungdemokraten zu den Grünen stellten:

Die "ökologische, basisdemokratische und gewaltfreie Alternative" ist auf dem Weg eine stinknormale Partei zu werden, wie dies auch schon Walter Moßmann sagte.

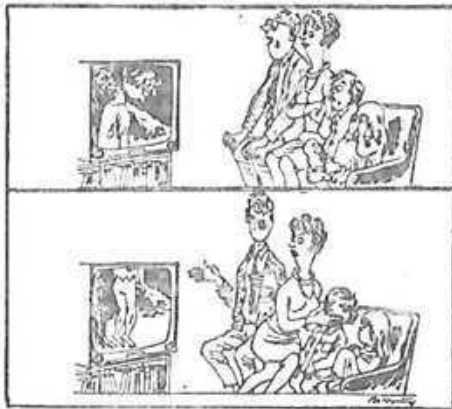
Ihr Programm ist nicht schlecht, aber die Linken innerhalb der Partei bleiben eine Minderheit, so daß die Politik nur bis zur Grenze des Kapitalismus geht. Die Beschlußlage der Jungdemokraten ist da doch weitergehend. Wenn die Grünen die 5% Hürde überschreiten, werden sie sicherlich eine Partei, die man nur an einzelnen Sachen (z.B. Atomfrage) von der SPD und FDP unterscheiden könnte.

Fortschrittlich oder gar links wird diese Partei nur vielleicht später irgendwann einmal.

## WEG MIT DER

### WIEDERVEREINIGUNGSKLAUSEL

Die Jungdemokraten versuchen sich mal wieder als Vorreiter im linken Spektrum. Das heißeste Eisen auf der Landesdeligiertenkonferenz war die Wiedervereinigungspatrikel des Grundgesetzes. Die Jungdemokraten sehen diese als nicht mehr



## Bericht von der LDK

als zeitgemäß an und reiner deshalb für ihre Streichung ein. Die Spaltung Deutschlands war schon beschlossene Sache bevor es die Regierungen in der BRD und der DDR gab.

Auch die konkrete Politik seit 1949 spricht gegen die Prädibel: die Westintegration verhinderte ja geradezu die Wiedervereinigung. In der heutigen Situation ist die Wiedervereinigung nur noch eine Utopie.

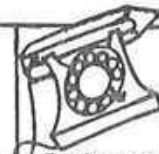
Die alternative der Jungdemokraten ist die Entspannungspolitik, die die entstandenen Militärblöcke auflockern soll und zu einer Gesamteuropäischen Friedenslösung führen soll.

Dazu steht die Wiedervereinigungsprädibel im Weg, dies liegt unter anderem daran, daß konservative Kreise eine Integration der DDR in die BRD anstreben. Dies kann natürlich nicht von der DDR hingenommen werden und macht eine wirksame Gesamteuropäische Friedenslösung und damit die einzige reelle Möglichkeit einer späteren Wiedervereinigung zunichte.

Belastungsprobe. Nach gründlicher Einschmierung bestiegen wir sie mit vier Spezialisten nacheinander. Sie hat alles fabelhaft überstanden. Zwar wackelte sie von Zeit zu Zeit mit dem Hinterteil, aber nachher gab sie elastisch nach. Das Vorderteil dichteten wir mit einer Gummiunterlage ab. Die Rückwertsbewegungen liefen trotz der großen Abnutzung zu unserer vollen Zufriedenheit, wenn auch nicht so gut wie die Vorwärtsbewegungen. Man kann nicht mehr soviel von ihr verlangen.

Nach diesem Eingriff können Sie sie jedenfalls noch einige Jahre gebrauchen.

Hallo, sind Sie noch am Apparat?"



## Das Telefongespräch

Rechtsanwalt Mayer rief die Klinik an, um sich nach dem Gesundheitsstand seiner Frau zu erkundigen, die am selben Tag operiert werden sollte.

"Hallo, ist dort die Klinik?"

"Ich möchte den Chefarzt sprechen!"

"Ja selbst am Apparat, womit kann ich dienen?"

"Herr Doktor, könnte ich etwas über den Verlauf der Operation an meiner Frau erfahren?"

In diesem Moment wurde die Verbindung unterbrochen; es meldete sich der Inhaber einer Reparaturwerkstatt, der gerade mit einem Kunden über dessen Motorrad sprach...

"Hallo, sind Sie noch am Apparat?" fragte Rechtsanwalt Mayer. "Natürlich! Alles in Ordnung! Morgen können Sie sie schon abholen", sagte der Inhaber.

"Was morgen schon? Hat sie alles gut überstanden?"

"Natürlich, allerdings war die Arbeit nicht leicht; wir haben ein neues Vorderteil einsetzen müssen."

"Vorderteil??? Was Sie nicht sagen!"

"Jawohl, die Büchse war schon ganz ausgeleiert. Sie haben ein zu hohes Tempo auf ihr eingeschlagen."

"Aber hören Sie mal, was erzählen Sie denn da!?"

"Bitte widersprechen Sie mir nicht! Ich bin auf diesem Gebiet Fachmann. Es unterliegt keinem Zweifel. Übrigens deutet eine starke Abnutzung an der Seitenwand darauf hin, daß der Kolben nichts mehr taugt. Er ist zu alt und schon vollkommen zerklüftet. Gestern hatten wir einen neuen Kolben ausprobiert und waren von dem Resultat direkt begeistert. Fabelhaft hielt sie die Spannung aus. Später unterzogen wir sie noch einer

# Mensch, verstehste denn nicht?

Hey, laß' die sausen, die ist kein Umgang für dich;  
Wen meint die denn? Etwas mich?  
Sie meint mich;  
Mensch, verstehste denn nicht?  
Ich bin kein Umgang für dich;  
Weil ich nicht mit Dauerwelle 'rumlauf,  
mir ab und zu mal einen ansauf',  
Weil ich tue, was mir Spaß bringt,  
ausflippe, wenn Nina Hagen singt.  
Ich soll vergammelt und verkommen sein;  
deshalb läßt mich deine Mutter nicht mehr zur Tür 'rein;  
Mensch, verstehste denn nicht?  
Ich bin kein Umgang für dich.  
Weil ich nicht in Boutiquenkleidung 'rumlauf',  
sondern mir meine Klamotten vom Grabbeltisch kauf'.  
Weil ich meine Meinung sage,  
und Spießertan nicht ertrage,  
Weil ich nachts lieber an Deich geh',  
und nicht wie die meisten bis 22 Uhr TV seh'.  
Warum soll ich mich denn vor die Clotze hängen?  
Warum will mich denn jeder in ein Klischee zwingen?  
Mensch, verstehste denn nicht?  
Ich bin kein Umgang für dich.  
Weil ich 'nen Freund habe,  
der hat lange Haare und Flakenhosen,  
Mensch deine Alte hat doch Neurosen.  
Weil ich an der Straße steh', per Anhalter und irgendwo hinfahr',  
das findet sie nicht gut, ist doch klar.  
Weil sie weiß, daß ich ab und zu 'mal 'nen Joint rauch,  
aber nicht weil ich es brauch',  
sondern weil ich es duft finde.  
Über, Mensch, verstehste denn nicht?  
Ich bin kein Umgang für dich.  
Du mußt selber wissen, was du machst,

ob du über das Geschwätz deiner Alten lachst.  
Ihr Gelaber anhörst oder gleich vergißt, und ob du mit mir zusammen bist,  
Pfeif auf das Gerede deiner Mutter und andere Leute.  
Scheiß auf das Geklämmer dieser lästernen Meute.  
Mach' was draus, lob dein eig' nes Leben,

Laß uns was machen, laß uns 'mal lachen,  
über die fetten, kaffeschlürfenden, kuchenfressenden Omas mit ihren Tortenhärschen,  
die nichts weiter zu tun haben, als über andere Leute herzuziehen.  
Vor denen brauchen wir bestimmt nicht zu knien.  
Laß uns mal nach Berlin trempen, oder am Baggersee campen,  
oder laß uns mal am Deich 'rumlaufen, oder laß uns mal einen saufen,  
oder laß uns mal politisieren, aktiv gegen Berufsverbote demonstrieren.  
Mensch, es gibt doch soviel Sachen, Mensch das wäre auch zum Lachen.  
Scheiß auf die Leute,  
denn lästern die Meute.  
Wir machen das, was Spaß macht;  
das wäre doch gelacht.

Vielleicht bin gerade ich der geeignete Umgang für dich;

Übernommen aus: "Die Tageszeitung"



# ANTIFA...

Vom 29. Januar bis zum 30. fand im Laurentianum ein antifaschistisches Seminar statt. Die SV wollte einmal zeigen, daß es während des 3. Reichs Widerstand gab und zweitens über die Gefahren des Neonazismus aufklären. Obwohl der Film vom VVV eine Selbstverherrlichung des KPD-Widerstands war, da in den 45 min. nur verdiente KPD-Kämpfer mit Bild und Todesdatum vorgestellt wurden. Wie und mit welchem Ziel gekämpft wurde, wurde darüber vergessen wie auch andere Widerstandsgruppen entweder vernachlässigt oder gar nicht erwähnt wurden. Trotzdem zeigte der Film in Gegensatz zu den Sendungen im Fernsehen, daß nicht nur Kirche und Militär sich aktiv gegen das NS-Regime aufgelehnt haben, sondern auch die Arbeiter. Das anschließend etwas monoton vorgetragene Referat von J. Quetting über den Jugendwiderstand brachte sehr interessante Informationen. Klar wurde, daß häufig der Zwang der HJ-Erziehung Grund für das Auflehnen der Jugendlichen waren. Da 1936 die HJ-Pflicht eingeführt worden war, waren schon Fahrten mit Freunden oder Nicht-Eintritt in die HJ oder den BDM eine Form des Widerstands. Im Raum Köln gab es die "Edelweißpiraten", die auch noch Flugblätter verteilten und Anschläge auf NS-Institutionen verübten. Viele von ihnen mußten mit dem Leben bezahlen. Auch die "Weiße Rose", eine Studentengruppe, gehörte zum Jugendwiderstand. Am 30. Januar, dem 47. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers stand der Neonazismus in der BRD auf der Tagesordnung. Morgens wurde der Film "Womens Erben" gezeigt dieser war leider nur für die Stunden 10-13. Obwohl im Film deutlich wurde, daß auch schon zehnjährige Jungen und Mädchen von der Wiking Jugend oder der Bund Heimatrufer Jugend angezogen werden. Dort wird verbunden mit Lagerfeuerromantik und Vermittlung von "Zucht und Ordnung" Geschichtsklitterung betrieben, indem z.B. den Jugendlichen eingetrichtert wird, es wären im 3. Reich keine Juden in KZ's umgebracht worden (6-Millionen-Lüge.) Und nationale Werte

wie Ehre, Treue und Nationalismus werden mit Sonnwendfeiern unterstrichen. Die paramilitärische Erziehung beginnt schon bei den kleinsten. Das die NS-Ideologie nicht tot ist, bewies auch der Film am Nachmittag "3 Jahrzehnte danach". Dort wurde gezeigt, daß wenn der 86 und 86a konsequent oder besser gesagt überhaupt angewandt würde, es einmal auf dem Antiquitätenmarkt keine NS-Symbole zu kaufen geben dürfte, und 2. wären die zweifelhaften NS- oder Kriegsverherrlichenden "Dokumentationen" auf dem Markt wie "Landser" oder "Das 3. Reich" nicht möglich. Aber selbst ein Rechtsanwalt gab in dem Film zu, daß "Justitia" auf dem rechten Auge blind sei. Das nachfolgende Referat von Ecke Uhr zeigte die Ursachen und Gründe für Jugendneonazismus in der BRD. Glaubwürdig konnte er zeigen, daß nicht "Nazis raus" die antifaschistische Reaktion auf rechtsextreme oder faschistische Gruppen sein darf, sondern es muß immer eine pol. auf Demokratie basierende Antwort sein. Die antifaschistische Bewegung muß eine große Basis haben um wirksam zu sein. Das wichtigste Ergebnis der nun folgenden Diskussion in der es ein paar schulintern bedingte Mißverständnisse gab, war, das demokratisches Verhalten und auch Toleranz das einzige antifaschistische Mittel sein darf. S.B.

WEHRET DEN ANFÄNGEN!!



# SAUSTALL STEINWEG

Der letzte Schultag ist da  
 Zum Treffpunkt laufen alle  
 Pennäler  
 Bier, Wein und Sekt  
 Ach, wie das schmeckt  
 Überall Leute von der Penne,  
 Die ich alle kenne.  
 Das find' ich gut,  
 Das gibt mir Mut.  
 Die Schule ist vollbracht,  
 jetzt wird erst mal Zoff ge-  
 macht.  
 Juchuh, es wird an die Tür  
 gemacht,  
 Denn wird ein kleines Feuer an  
 der Tür entfacht;  
 Flaschen, Deckel, Papier in die  
 Ecke,  
 Damit ich jetzt nur nicht an  
 Umweltschutz denke.  
 Ach, da kommt ja noch die Anke  
 mit ihrem Auto von der Schule  
 gerast,  
 Mit dem Schild: "Atomkraft-  
 Nein-Danke"  
 Du hast schon 'ne Menge ver-  
 past.  
 Stimmung, Randal, Andrein,  
 Der Wein hautmal wieder rein  
 Der Hans hat Kerzen dabei,  
 damit auch eine weihnachtliche  
 Stimmung sei.  
 Schnell auf das Auto da,  
 Weil Kerzenständer sind rar.  
 Ach, da kommen sie wieder,  
 die grün-weißen Jungs von der  
 Waterkant,  
 Die sind gleich wieder außer  
 Rand und Band.  
 Trotzdem singen wir weiter  
 uns're Lieder.  
 Gleich ein Großseitsatz mit 2  
 Wagen,  
 Sonst würden sie sich gar-  
 nicht hierhin wagen.  
 Als einer die Kerzen sah,  
 weil nte er es sei 'ne Gefahr.  
 Sie suchten nach Opfern.  
 Die Täter ließen sie stein.  
 Ein Bulle fing an zu labern:  
 "Man sollte mit dem Knüppel  
 dazwischen gehen!"  
 Sie suchten sich Leute aus, die  
 ihnen passten,  
 Zum Glück geht es noch nicht  
 wieder nach Rassen.

Alle erwähnten Handlungen entspre-  
 chen Tatsachen, Namen wurden frei  
 erfunden. Wenn der Schuh paßt, soll  
 ihn anziehen!!

Dieses Gedicht soll zum allgemei-  
 nen Steinweg-Problem ein Beitrag  
 sein. Diese Aktionen könnten  
 sicher auch in jeder anderen  
 ähnlichen Stadt stattfinden.  
 Den Jugendlichen auf dem Stein-  
 weg schlägt auf jedem Fall eine  
 Aggressionswelle von Seiten der  
 Arnberger Bevölkerung und der  
 Polizei ins Gesicht.



Teils berechtigt, teils nicht.  
 Sicher gibt es bei den über 100  
 Schülern, die dort täglich ste-  
 hen, einige Schüler, die Passan-  
 ten anrempeln und beschimpfen  
 und/oder unnötig dort Abfälle  
 liegen lassen. Kritiker vergessen  
 aber oft, daß die ser Treff-  
 punkt einfach wegen seiner  
 Zweckmäßigkeit schon seit Gene-  
 rationen besteht. Selbst Groß-  
 vätern haben sich schon auf dem  
 Steinweg nach vollbrachter Tat  
 getroffen. Ist es nicht ein  
 festgefahrener Vorurteil, das die  
 Leute zu oft verallgemeinerten  
 Auseinandersetzungen verläßt, die  
 hier besser nicht aufgezählt wer-  
 den. Hat dies vielleicht mit der

## PORTSETZUNG: S T E I N W E G

"gammeligen" Kleidung und dem  
 ungewungenen Verhalten zu tun?  
 Sicher stehen die Leute oft  
 auf dem Bürgersteig im Weg, so  
 daß der "Verkehr" behindert  
 wird. Aber wo sollen sie denn  
 hin, wenn die Autos auf dem  
 Bar ketreifen immer Vorfahrt  
 haben. Die künstliche Verle-  
 gung auf andere Punkte ist  
 sicherlich kaum durchführbar.  
 Außerdem sind es meistens  
 nicht die Jugendlichen, die  
 die Leute respeln, sondern  
 Passanten, die unbedingt  
 1 Meter 30 breiter Platz  
 brauchen und ihre Ellenbogen  
 in die Rücken ahnungsloser  
 in die Rücken bohren. Bei den Ju-  
 gendlichen ist außerdem ein  
 großer Unmut festzustellen,  
 weil gerade Geschäfte, die  
 zum größten Teil ihre Einnah-  
 men aus den Portemonnaies

der Schüler bekommen, diese  
 recht unfreundlich und schroff  
 behandeln.  
 Alle sollten versuchen eine  
 Lösung zu finden. Wie wäre  
 es z.B. mit einem weiteren  
 Papierkorb oder ein verbrei-  
 teter Bürgersteig mit Bank  
 etc. anstatt der Parkplätze.  
 Damit könnte sicherlich das  
 allgemeine Klima an dieser  
 Stelle verbessert werden.  
 Die Jugendlichen haben schon  
 ihre Bereitschaft öfters ge-  
 zeigt; z.B. haben sie an dem,  
 durch das Gedicht erwähnten  
 Tag, den Steinweg wieder  
 blitzblank gemacht. Die Po-  
 lizei hat zwar den drecki-  
 gen Zustand fotografiert,  
 aber entgegen eigenem Ver-  
 sprechen, kamen sie nicht  
 wieder, als die Schüler al-  
 les wieder in Ordnung ge-  
 bracht hatten.



### Anzeige:

Strauß - Umweltschutz - Grüne  
 "Bei den Wahlen in diesem Jahr kommt es auf jede Stimme an."  
 Diesen Satz können viele sicher nicht mehr hören. Trotzdem  
 stimmt er. Die Mehrheiten sind knapp.  
 Deshalb sollte jeder sich seine Wahlentscheidung gut  
 überlegen. Die Beurteilung einer Partei kann sich dabei  
 nicht nur an einem Punkt orientieren. Auch beim Umweltschutz  
 kann man sich nicht auf die Kernenergiefrage beschränken.  
 Schulfragen, Außenpolitik, Datenschutz, Wehrdienstverweigerung  
 sind nur einige wenige weitere Themen. Nach all diesen  
 Themen soll man die Parteien fragen. Auch über den Satz:  
 "Wer die Grünen wählt, wählt Strauß". sollte jeder nachdenken.  
 Informationen gibt es beim F.D.P.-Kreisverband (Im Schwarzen  
 Bruch 22, 5778 Meschede).

# F.D.P



## Kein Fall für den Verfassungsschutz.

Kritik von Schülern und Studenten an Staat und Gesellschaft ist kein Fall für den Verfassungsschutz.

Radikalenerlaß und Routineanfrage haben zu allgemeinem Mißtrauen geführt, das mancherorts schon in der Schule anfängt. Der Erfolg: Statt engagierter, konstruktiver Kritik nur noch Schweigen. Schlecht für unsere Demokratie.

Damit muß endlich Schluß sein. Wir brauchen mündige Bürger, keine Duckmäuser.

Klar ist, ein erklärter Gegner unserer freiheitlichen Verfassung hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.

Aber der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muß gewahrt sein. Über 99 Prozent der Bewerber für den öffentlichen Dienst geben nicht den geringsten Anlaß zum Mißtrauen. Es gilt, ein Verfahren abzubauen, das die demokratische Substanz unseres Staates eher geschwächt als gestärkt hat.

Wir Liberalen werden deshalb durchsetzen: Der Verfassungsschutz hat an unseren Schulen nichts zu suchen.

Die Regelanfrage bei Bewerbungen und vor Einstellung in den öffentlichen Dienst muß verschwinden.

Die Rechtungleichheit und -unsicherheit durch die unterschiedlichen Richtlinien der einzelnen Bundesländer bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst muß aufhören.

Weil wir, anders als viele konservative Politiker, Vertrauen in unsere Jugend setzen.

An die Friedrich-Naumann-Stiftung, Baunschedtsstraße 15, 5300 Bonn 1.

Ich will mehr über die Friedrich-Naumann-Stiftung wissen.

Ich will mehr über USA wissen.

Ich will wissen,

\_\_\_\_\_ wie und wo ich mich engagieren kann.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

**FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG**